

Entschließungsantrag **der Fraktion der SPD**

zu der vereinbarten Debatte zur deutsch-französischen Freundschaft anlässlich des 30. Jahrestages des Elysée-Vertrages

Vor 30 Jahren wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Dieses Vertragswerk hat einen Prozeß der Aussöhnung und der intensiven Zusammenarbeit eingeleitet, der das Verhältnis beider Völker zueinander von Grund auf neu gestaltete und damit zu einem Friedenswerk von außerordentlichem Rang wurde.

Hiermit wurde ein neues, bisher in dieser Qualität nicht gekanntes Kapitel Geschichte eröffnet, das den Weg von konfrontativem Denken und Zweckbündnissen zur dauerhaften Kooperation und Integration wies.

Deutschland und Frankreich haben sich mit diesem Vertrag auf das Werk der europäischen Einigung verpflichtet und eine besondere Verantwortung für die Zielsetzung der Europäischen Union übernommen, die durch das Maastrichter Vertragswerk verwirklicht wird.

Die deutsch-französischen Beziehungen wiesen stets über ihren Selbstzweck hinaus, indem sie neben der bilateralen Aussöhnung und Freundschaft in den Dienst der europäischen Integration gestellt wurden und weiterhin Voraussetzung, Grundlage und bleibender Antrieb für die Weiterführung und Vollendung des europäischen Einigungswerkes sind. Gerade auch angesichts des Wiederauflebens alter Krisenherde und Nationalismen in Europa sind der Elysée-Vertrag und der Europäische Einigungsprozeß als Friedensmodell unverzichtbar.

Der Bundestag wolle beschließen:

- Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die tiefgreifenden Umwälzungen vor allem in Mittel- und Osteuropa und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit das Europa der Europäischen Gemeinschaft und die deutsch-französischen Beziehungen nicht unberührt gelassen haben.

Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich auch in dieser schwierigen Zeit des Umbruchs seit 1989 bewährt und ihren Charakter als solide Schicksalsgemeinschaft bewiesen.

Angesichts der grundlegenden Veränderungen im Gefüge der internationalen Beziehungen durch die Beendigung des Ost-West-Gegensatzes und die Umwälzungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hält der Deutsche Bundestag den Elysée-Vertrag heute mehr denn je für ein wegweisendes Beispiel einer gelungenen Aussöhnungspolitik. Er ist Modell für die gedeihliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit der Staaten in ganz Europa und damit ein Vorbild, wie den neuen europäischen und globalen Herausforderungen unter Wahrung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten begegnet werden kann.

- Deutschland und Frankreich tragen gemeinsam besondere Verantwortung für das Gelingen des Demokratiesierungs- und Liberalisierungsprozesses in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie für den Aufbau und die Festigung demokratischer Strukturen in der im Süden an die EG angrenzenden Mittelmeerregion.
- Der Deutsche Bundestag sieht die Vertiefung und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft als gleichermaßen notwendig an, um den politischen Aufgaben und Herausforderungen in ganz Europa gerecht zu werden, und begrüßt, daß sich Deutschland und Frankreich im Rahmen der 60. Deutsch-französischen Konsultationen noch einmal ausdrücklich diesen beiden Zielen verpflichtet haben. Die Europäische Union muß offen sein für den Beitritt weiterer europäischer Staaten, die bereit und in der Lage sind, die Ziele und Verpflichtungen der Union mitzutragen.
- Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die Einrichtung des Deutsch-französischen Wirtschaftsrates und des Deutsch-französischen Sicherheitsrates 1988 anlässlich des 25. Jahrestages des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit einen entscheidenden Anstoß zur Weiterführung der institutionellen Vertiefung auf europäischer Ebene gegeben hat.
- Der Deutsche Bundestag begrüßt daher, daß der wesentlich durch deutsch-französische Initiative zustande gekommene Maastrichter Vertrag die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft hin zur Europäischen Union festschreibt und die dafür notwendigen Bereiche
 - Wirtschafts- und Währungsunion,
 - gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und
 - Zusammenarbeit in den Bereichen der Innen- und Justizpolitikvertraglich regelt.

Er hofft, daß die deutsch-französischen Beziehungen jetzt einen entscheidenden Beitrag dazu leisten werden, um diesen Vertrag umzusetzen und ihn in allen seinen Teilen für eine friedliche und prosperierende Entwicklung in ganz Europa zu nutzen.

- Der Deutsche Bundestag, überzeugt, daß das europäische Einigungswerk unvollständig bleiben muß, solange es nicht auch Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung umfaßt, würdigt die

im Maastrichter Vertrag angelegte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als qualitative Fortschreibung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und als Ausgangspunkt für die Entwicklung auch einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.

- Der Deutsche Bundestag zeigt sich gleichermaßen befriedigt darüber, daß der deutsch-französischen Zusammenarbeit im kulturellen Bereich durch die Einsetzung des deutsch-französischen Fernsehprogramms „Arte“ neuer Auftrieb verliehen wurde. Der Deutsche Bundestag hebt hervor, daß es nach wie vor zu den wichtigsten Aufgaben der kulturellen Zusammenarbeit gehört, zusätzliche Anreize zu schaffen, damit mehr Deutsche und Franzosen die Sprache des Partnerlandes erlernen. Er regt hierzu die verstärkte Einrichtung von zweisprachigen Zweigen in allen Schulformen an, die mit dem gleichzeitigen Erwerb des deutschen Abiturs und des französischen Baccalaureats enden sollten, um auf diese Weise auch dem Austausch von Studenten und dem Studium im Nachbarland den Weg zu ebnen.

Die Begegnung der Jugend beider Länder hat fundamentale Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Identität. Der Deutsche Bundestag würde daher die Schaffung eines großen Jugendpreises begrüßen, um herausragende Aktivitäten von Jugendlichen im deutsch-französischen Bereich zu würdigen.

- Der Deutsche Bundestag regt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen an. Durch die politische und parlamentarische Zusammenarbeit soll ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten übernationaler Politik und Zusammenarbeit und gleichzeitig ein konkreter Anstoß für die Vertiefung der parlamentarischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gegeben werden. Daher würde der Deutsche Bundestag die regelmäßige Abhaltung von gemeinsamen Plenar- und Ausschusssitzungen der beiden Parlamente begrüßen, die ein Forum für die Diskussion der großen aktuellen Themen darstellen könnten, die beide Länder betreffen. Sie könnten dazu beitragen, die gesetzgebende Arbeit hinsichtlich der wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen zu harmonisieren.

Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortung, die Deutsche und Franzosen für die Zukunft Europas und der internationalen Gemeinschaft haben, fordert der Deutsche Bundestag daher die Bundesregierung auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Sinne zielstrebig weiterzuführen.

Bonn, den 20. Januar 1993

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

